

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheint
an allen Werktagen.
Abonnement
in der Stadt vierteljährl. M. 1.20
monatl. 40 Pf.
bei allen wirtsch. Postanstalten
und Boten im Oris- u. Nach-
barortsverkehr vierteljährl. M. 1.
ausserhalb desselben M. 1.
hiezuh Bestelgeld 30 Pf.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Verfändigungsblatt
der Kgl. Forstämter Wildbad, Meistern,
Enzklösterle u.

mit
amtlicher Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pfg.
Auswärtige 10 Pfg. die klein-
spaltige Garmondzeile.
Reklamen 15 Pfg. die
Petitzelle.
Bei Wiederholungen entspr.
Rabatt.
Abonnements
nach Uebereinkunft
Telegramm-Adresse:
Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 153.

Mittwoch, den 4. Juli

1906.

Zum Fall Korell.

Am 29. Juni hat, wie bereits kurz berichtet, in Darmstadt eine große Protestversammlung gegen die Maßregelung des Nationalsozialisten Pfarrers Korell durch seine vorgesetzte Kirchenbehörde stattgefunden, die von über 1500 Personen besucht war. Um die Erregung zu verstehen, die das Vorgehen des Oberkirchenrats in ganz Hessen und weit über dessen Grenzen hinaus hervorgerufen hat, muß man sich die Vorgänge noch einmal ins Gedächtnis zurückrufen, die zu dem Verweis führten.

Im Reichstagswahlkreis Darmstadt-Großgerau hatte der erste Wahlgang die Entscheidung nicht gebracht, es war zur Stichwahl zwischen dem Sozialdemokraten und dem rechtsnationalliberalen fast reaktionär angehauchten Rechtsanwalt Stein gekommen. Der Kandidat der vereinigten Liberalen, Pfarrer Korell, der eine ansehnliche Stimmenzahl auf sich vereinigte, teilte in einem Aufruf an seine Wähler mit, daß er seinen Auftrag in die Hände des Wahlausschusses zurückgebe und daß er also vom Tage der Hauptwahl an nichts anderes sei als ein einfacher Wähler. Um es ganz klar und deutlich zu machen, daß er mit der Stichwahl nichts zu tun habe, hat sich Pfarrer Korell am Stichwahltag von seinem Wahlort entfernt und von seinem Wahlrecht, das ihm keine Behörde bestreiten kann, aus weitgehender Vorsicht keinen Gebrauch gemacht. Trotzdem erhielt er einen Verweis, der sowohl in formeller wie juristischer Beziehung unmöglich einer Prüfung standhält. Die Maßregelung erfolgte deshalb, weil Pfarrer Korell es unterlassen haben sollte, unmissverständlich zu zeigen, daß er die Wahl des Sozialdemokraten Verstoß nicht billige. Der inkompetente Satz des Aufrufs lautete:

„Die Wahlsitzungen zeigen jedem, der sehen will, daß das Mandat nur durch den Liberalismus erobert werden kann, der von links Stimmen gewinnt und behält.“

Wegen dieses einfachen Satzes wurde das Disziplinarverfahren eingeleitet. In der Protestversammlung in Darmstadt hat Friedrich Naumann als Hauptredner das Vorgehen der Kirchenbehörde beklagt und mit seinen klugen Worten tadelnden aus dem Herzen gesprochen. Er sprach zunächst den vereinigten Liberalen Dank und Anerkennung aus für ihre Haltung und fuhr dann fort:

Eine Herzensfreude für alle freiheitlich denkenden Männer war es zu sehen, wie die Liberalen zusammenkamen. Die Stichwahlparole kam nicht aus Liebe zur Sozialdemokratie, sondern aus Liebe zur Freiheit und nicht aus Gegnerschaft gegen die Nationalliberalen, sondern gegen den Mangel an Freiheit. Es war der Kampf gegen den unfairen Wettbewerb im Liberalismus (stürmische Zustimmung). Die Nationalliberalen gehören

aber nicht hinein, wenn sie, wie in Darmstadt, mit der Reaktion marschieren. Der Fall Korell ist nur ein Nachspiel. Nicht darum handelt es sich bei der heutigen Aussprache, Pfarrer Korell eine Genehmigung zu geben — die braucht er nicht —, sondern Verwahrung einzulegen gegen den Versuch einer durch nichts gerechtfertigten Bevormundung eines Geistlichen durch die vorgesetzte Kirchenbehörde. Im Namen der Religion wird hier vom Oberkonsistorium eine Parteipflicht konstruiert (lebhafteste Zustimmung). Der Fall Korell hat eine politische, aber auch eine kirchliche und religiöse Seite. Die Frage, ob der Geistliche überhaupt an der Politik teilnehmen soll, wird vom Konsistorium mit sauerfäher Miene beantwortet. Es erscheint dem Konsistorium an sich nicht wünschenswert. Darüber siehe sich von einem gewissen religiösen Standpunkt gewiß rufen, aber dann mühte man den Grundgedanken der Nichtteilnahme zum Grundgedanken aller Kirchen und aller Parteien machen. Dann würden aber auch die Zentrumspartei und die konservative Partei anders aussehen (Sehr richtig). Warum vertritt aber das Oberkonsistorium selber einen so scharf ausgeprägten Parteistandpunkt? Der Kirchenbehörde ist die politische Tätigkeit der Geistlichen im Grunde auch ganz recht, aber sie sagt: „Nähret nicht an die Sozialdemokratie!“ Naumann befaßte sich dann eingehender mit dem Wesen der Sozialdemokratie. Sie betont zwar ihren revolutionären Charakter. Das sieht, von oben betrachtet, wie eine Bosheit aus, von unten eher wie ein Optimismus. „Es kann besser werden,“ sagt die Sozialdemokratie. „Und wie stellt sich die Kirche zu ihr? Sie wehrt sich mit Händen und Füßen dagegen, wenn ein Sozialdemokrat aus der Kirche austreten will, oder wenn zum Massenaustritt aufgefordert wird. Wir bekämpfen an der Sozialdemokratie den politischen falschen Standpunkt, den sie dem bestehenden Staat gegenüber einnimmt, und das hat auch Korell bekämpft. Präsident Buchner kann für sich persönlich den Gegenstand seiner Anschauung zur Sozialdemokratie so scharf formulieren wie er will, aber als Präsident mußte er den Parteimantel ausziehen. Er soll der Vertreter einer idealen Macht sein, aber gerade das vermissen wir in der Urkunde. Wer die Religion vertritt, der sollte vorsichtig sein, daß die Geschichte nicht gegen ihn zeuge. Wenn die Kirche kein psychologisches Verständnis mehr besitzt für das, was im Volke und in dem Herzen der Einzelnen vorgeht, sondern die Dinge nur noch von der Beistage der bestehenden Klasse anzusehen vermag, dann hat sie ihre Daseinsberechtigung verloren. (Lebhafter Beifall.) Hätte man sich im Konsistorium klargemacht, wie früher das Christentum revolutionären Bestrebungen gegenüber sich häufig verhalten hat, so wäre man vermutlich nicht zu diesem Verweis gekommen. Gerade die Vereinigung unzufriedener Massen in dem gro-

ßen Parteiverband der Sozialdemokratie hindert Verzeihungszustand Einzelner, wie wir sie in romanischen Staaten und in Rußland erleben. Insofern wirkt die Sozialdemokratie der Revolution geradezu entgegen. Die Kirche sieht das aber nicht. Sie sieht auf dem rechten Auge weniger scharf als auf dem linken. (Stürmische Zustimmung und Heiterkeit.)

Naumann sprach dann über das Wesen der Religion und über die Religiosität der Parteien. Es ist unklar, daß die Sozialdemokratie religionsfeindlicher ist als irgend eine andere der politischen Parteien. Sie kämpft nur gegen die Verquickung von Staat und Kirche. Man muß sich wundern, daß eine Kirchenbehörde, die das Thermometer der religiösen Erscheinungen in der Hand halten soll, so wenig Verständnis hat für die Temperaturunterschiede in der religiösen Strömung der letzten Jahrzehnte. Da sieht ein Kirchenregiment in seiner schweigenden Einsamkeit und hat nichts davon erfahren, daß die Dinge anders geworden sind. (Große Heiterkeit.) Und das soll eine geistig führende Institution sein, die so wenig Fühlung hat mit den geistigen Strömungen?

Und was hat denn Korell getan? Nichts! Aber er wird bestraft, weil er etwas unterlassen hat, was er hätte tun können. Juristisch ist das Unterlassen strafbar, wo eine aufgetragene Pflicht nicht erfüllt wird. Eine Pflicht, gegen die Wahlparole aufzutreten, bestand aber nicht, auch nach Ansicht des Konsistoriums nicht. Eine Behörde, deren oberster Kopf über juristische Bildung verfügt, mußte doch Bedenken tragen, auf dieser Grundlage einen disziplinarischen Verweis zu erteilen. Aber man bereitet dem juristischen Verstand ein Schlummertrübsüßchen. (Heiterkeit), um über derartige Bedenken hinwegzukommen. In irgend einem anderen Lande würde man vielleicht sagen, es sei von oben eine Weisung an die Behörde ergangen, aber Ihr Großherzog hat in wirklich großherzoglicher Weise bewiesen, daß er die Sozialdemokratie gesellschaftlich nicht achtet. (Lebhafter Beifall.) Der Stolz der kleinen Staaten im Süden und Westen war der, daß sie sagten: Wir haben ein Stück von der alten Freiheit uns erhalten. Wir legen nicht jedes Wort auf die Gefehes- und Disziplinarwage. Wenn Korell getan hätte, was das Oberkonsistorium von ihm erwartete und jetzt verlangt, so wäre er als ein moralisch gebrochener Mann aus dem Wahlkampf nach Hause gekommen. Pflicht aller evangelisch Freigeistigen ist es, hier zu protestieren, im Namen der Freiheit, der politischen wie der religiösen. (Minutenlanges stürmisches Beifall.)

In der Diskussion sprachen u. a. Prof. Straubinger, Pfarrer Weisgerber, Henrich und der antisemitische Ankläger Dr. Mahr. Sie alle waren einmütig in der Verurteilung der Disziplinierung Korells. Tiefen Eindruck macht: namentlich die Verwäh-

Gefährliche Wege.

Roman von Ewald August König.

29

„Den heutigen Tag wirst Du uns wohl widmen, Waldemar,“ sagte die Generalin, als die kleine Familie am Sonntagmorgen wieder heim frühstückte.

„Den Nachmittag, liebe Mama,“ erwiderte er, und sein ernster Blick schweifte dabei durch das Fenster in den strahlenden Sonnenschein hinaus.

„Bis Mittag werde ich im Bureau arbeiten müssen; die Abrechnung mit den englischen Geschäftshäusern läßt auf enorme Schwierigkeiten, die ich indessen zu überwinden hoffe.“

„Es ist ein Triumph für Dich, daß Du den Ausdruck des Dankes verweigert hast!“

„Je, nun, die Gläubiger konnten keinen besseren Beschluß fassen, und sie wissen auch, daß sie mir volles Vertrauen schenken dürfen. Der Verlust wäre für sie größer geworden, wenn das Gericht die Abwicklung übernommen hätte.“

„Den Hinterbliebenen Wallendorfs bleibt gar nichts übrig?“ fragte Hildegard.

„Nichts,“ antwortete er, dasjenige ausgenommen, was sie vorab sich gesichert haben.“

„Es steht also fest, daß Arnold Wallendorf die zwölftausend Taler aus der Kasse genommen hat?“ forschte die Generalin.

„Ich gäbe viel darum, wenn ich das beweisen könnte,“ antwortete Waldemar, die Brauen zusammenziehend.

„Die Herren Wallendorf verjagen noch immer, den Verdacht auf mich zu lenken, sie finden bei den Gläubigern kein geeignetes Gehör, aber es mag nun sein, wie es will, etwas bleibt von der Verleumdung immer haften; überdies glaube ich aus einigen Anmerkungen entnehmen zu müssen, daß man später mich für die verschwundene Summe verantwortlich machen will.“

„Wer darf das wagen?“ fragte die Generalin unwillig. „Die Gläubiger des Bankhauses?“

„Nein, die Herren Wallendorf, und ich sehe darin kein großes Wagnis.“

„Sie würden mit ihrer Klage sicherlich abgewiesen werden.“

„Darüber urteile ich anders; ich übernahm die Verantwortung, ohne mich vorher von der Richtigkeit des Kassenbestandes zu überzeugen, und ich kann leider nicht beweisen, daß das Geld in jenem Augenblick schon fehlte.“

„Über man kann Dir doch auch nicht beweisen, daß Du es genommen hast.“

„Beweis nicht, aber dieser Beweis ist auch unnötig, die Kläger werden sich einfach auf meine Verantwortung berufen und Ersatz fordern; die Beweisführung, daß ein anderer das Geld genommen haben müsse, überlassen sie mir. Mein Verdacht ruht auf Arnold Wallendorf, und die Gläubiger haben diesen Verdacht akzeptiert; gleichwohl liegt es im Bereiche der Möglichkeit, daß der Chef des Hauses kurz vor seinem Tode das Geld aus der Kasse genommen hat, um eine Schuld zu tilgen, die er nicht hinterlassen wollte.“

„Es spricht freilich nichts dafür, daß es geschehen ist, aber unmöglich ist es darum doch nicht, wir stehen hier vor einem Rätsel, dessen Lösung vielleicht niemals gefunden wird.“

„Nach meiner Ansicht hätte die Sache energischer untersucht werden müssen,“ sagte die Generalin, deren Blick jetzt voll banger Besorgnis auf dem unruhigen Antlitz des Sohnes ruhte.

„Es sind ja auch russische Banknoten bei dem verschwundenen Gelde gewesen, darauf müßte man die Nachforschungen stützen.“

„Eine gerichtliche Untersuchung wollte niemand,“ erwiderte Waldemar achselzuckend; „jeder hatte seine besonderen Gründe dafür, ich vermute, in der Hauptfrage war die Besorgnis, daß ich mich verletzt fühlen und die Uebnahme der Liquidation ablehnen werde. Daß die Herren Wallendorf selbst die Untersuchung nicht wünschten, war mir sehr begreiflich, und da schließlich niemand sie wollte, so drang ich auch mit meiner Forderung nicht durch, an deren Ernst man möglicherweise noch gezweifelt hat.“

„Also geschehen ist gar nichts?“

„Doch, liebe Mama, ich habe bei allen Bankhäusern und Geldwechsellern auf die verschwundenen russischen Banknoten aufmerksam gemacht; ich hoffe sie werden früher oder später zum Vorschein kommen und dann den Dieb entlarven.“

„Er kann sie in einer anderen Stadt umwechsellern,“ sagte die Generalin kopfschüttelnd; „jeden wird es hier oft vorkommen, daß russische Banknoten in Zahlung gegeben werden.“

„Alles das ist möglich, aber ebenso möglich ist auch die Erfüllung meiner Hoffnung; wir müssen das nun ruhig abwarten.“

„Bis der Prozeß gegen Dich anhängig gemacht wird?“

„Soweit sind wir noch nicht, überdies haben die Herren Wallendorf augenblicklich ganz andere Sorgen. Der Bruch der Baronin von Ravenberg mit ihrem Gatten gleicht sich nicht wie-

der aus; wie ich höre, will Baron Rüdiger nun die Scheidungsklage anhängig machen. Seine Freunde raten ihm dazu; ich sprach gestern noch mit dem Professor Winterfeld darüber, und der öffentlichen Meinung ist er diesen Schritt schuldig, denn die Handlungsweise der Baronin wird allgemein verurteilt.“

Hildegard hatte sich erhoben, sie setzte sich ans Fenster und blickte starr hinaus, ein tiefschmerzlicher Zug lag um ihre Mundwinkel. „Es ist schwer begreiflich, wie die Frau diesen Schritt tun konnte, der sie für immer von dem Gatten und ihrem Kinde trennt,“ sagte die Generalin. „Da möchte man doch vermuten, daß es schwer sei, mit dem Baron Rüdiger von Ravenberg in Frieden zu leben.“

„Nein, Mama, diese Vermutung ist falsch,“ erwiderte Hildegard, das blaße Antlitz ihr zuwendend, „Baron Rüdiger ist nur nicht von Anfang an energisch genug gegen die Herrschaft seiner Frau aufgetreten. Sein Charakter ist zu schwach, sein Herz zu gut, sobald auch bürten wir nicht vergessen, daß auf beiden Seiten keine Liebe war.“

„Das rechtfertigt diesen Bruch nicht,“ entgegnete die Generalin, während Waldemar langsam auf- und niederwanderte; „nachdem die Trauung vollzogen war, mußten die Gatten sich ineinander finden, und das kann man, wenn man nur den guten Willen dazu hat.“

„Auf der Seite Rüdigers war der gute Wille sicherlich.“

„Dann wäre seine Gattin doch schon ihres Kindes wegen in seinem Hause geblieben. Wie man auch sein mag, Baron Ravenberg hat nun seine Strafe erhalten dafür, daß er Dich um Dein Lebensglück betrog.“

„Urteilst Du so, Mama, dann wäre es gerechter gewesen, wenn diese Strafe seinen Vater getroffen hätte,“ sagte Hildegard unwillig. „Ich werde Baron Rüdiger verteidigen, bis man mir beweist, daß Dein Urteil über ihn begründet ist.“

„In dieser Begründung zweifle auch ich,“ nahm Waldemar das Wort. „Der Bruch ist das Werk der Wallendorfs, sie haben die junge Frau unangekündigt gegen den Gatten aufgehört, weil sie wissen, daß Baron Ravenberg ihnen nicht freundlich gesinnt ist. Als er von seiner Reise zurückkehrte, fand er die beiden Herren in seinem Hause, und seine Frau empfing ihn mit Vorwürfen; das empörte ihn; er zeigte ihren Verwandten die Tür, und dies soll, wie Professor Winterfeld mir sagte, die eigentliche Veranlassung zu dem Bruch gewesen sein.“

125, 20



zung Pfarrer Weisgerbers, der aussprach, was die zahlreich erschienenen Geistlichen in ihrem Innersten bewegte.

Fundstübe.

Das Blatt des Zentrumsabgeordneten Erzberger, der in Biberach erscheinende „Anzeiger vom Oberland“ ist, wie mitgeteilt, wegen seiner Angriffe auf die Kolonialabteilung nunmehr unter Anklage gestellt. Der betr. Artikel, der das Blatt dem Staatsanwalt ausgeliefert hat, ist mit E. (Erzberger) gezeichnet und hat folgenden Wortlaut:

„Das die Truppe entartet, ist selbstverständlich! Mühsiggang ist aller Väter Anfang, besonders wenn noch die hohe Befoldung hinzutritt! Was dort unten an Alkohol verbrannt wird ist kaum fassbar! Die Schnapswirte machen die besten Geschäfte und das internationale Dürrenum ebenso. Die Gefängnisse sind überfüllt, und zwar nicht mit Schwarzen, sondern mit Weissen. Im Kauisch begehen die Soldaten vielfach Dinge, die sie für ihr Leben unglücklich machen. So auch die Weiber! Was vielfach an Offizieren nach Südwestafrika sich meldete und abgeschoben wird, ist nicht besser. Das Geld der deutschen Steuerzahler wird auch in böser Weise dort verschwendet. Das gesamte Rechnungswesen ist total zusammengebrochen; eine geordnete Abnahme der Lieferungen findet vielfach nicht mehr statt. Die Wechsel auf die Reichshauptkasse werden und müssen ausgestellt werden; sie werden hier auch eingelöst, aber eine Kontrolle darüber, ob diese Waren auch alleamt geliefert wurden, fehlt vollständig. Kapländer sind durch den Krieg Millionäre geworden. Durch das unfinnige Hin- und Herjagen der Soldaten und die daraus entstehenden Schwierigkeiten der Verpflegung gibt man nur den Aufständischen neue Lebensfrist; die letzteren sind es, die jeden Weg kennen, die die deutschen Transporte einfach wegstehlen, sie an die Engländer verlaufen und dann wieder Munition erhalten. Sobald sich unsere Soldaten aus dem Süden zurückziehen, und in einigen festen Plätzen konzentrieren, hört der Aufstand auf, weil die Hottentotten einfach verhungern. Der Krieg wird uns noch 100 Millionen Mark kosten! Hoffentlich aber bleibt der Reichstag fest und bewilligt einfach keine Gelder mehr; dann müssen die Soldaten zurück. Die Kolonialabteilung selbst mußte zugestehen, daß von den gesammelten Geldern deutsche Beamte in Berlin Unterstufungen erhalten haben! Bis März 1906 waren 92 000 M. gesammelt worden, davon sind insgesamt nur 42 000 Mark ausgegeben worden; was mit dem Rest geschieht, weiß niemand. Die Kolonialabteilung hatte bisher bestritten, daß auch Offiziere aus diesen Liebesgaben Geld erhalten haben, und doch ist es so! Freilich nicht aus dem Tippelskirchfonds, aber aus dem Wörmanns fonds sind an 5 Offiziere Unterstufungen gegeben worden. Alles in allem! Die Verhältnisse in Südwestafrika sind so, daß nur ein schleuniger Rückzug des größten Teils der Truppen uns vor noch Argerecm bewahren kann, die deutsche Ehre steht tatsächlich auf dem Spiel.“

Der „Anzeiger vom Oberland“ hat nunmehr vor den Schranken des Reichstages seine Behauptungen, die übrigens auch von linksstehenden Blättern als übertrieben bezeichnet werden, zu beweisen.

Gegen die Erhöhung des Ortsportos haben verschiedene große Berliner Firmen in der Weise protestiert, daß sie beschloßen, ihre Geschäftsberichte, Drucksachen, Rechnungen usw. durch Fahrradboten austragen zu lassen. In diesem Zweck sind 14—16jährige Boten angestellt worden, die den üblichen Wochenlohn erhalten. Diese Ausgabe stellt sich nach dem Konfektionär immerhin viel geringer als die Ausgaben für die erhöhten Portofakten.

Neuer Anschlag gegen das spanische Königspaar. In Lagranja wurde ein gewisser Federico Aguilar unter dem Verdachte anarchistischer Untertriebe verhaftet. Der Verhaftete trug ein Paket mit chiffrierten Briefen. — Das Königspaar gab den geplanten Ausflug nach dem Kloster Pualar auf. — Der Verhaftete ist 20 Jahre alt; er hat sich in Paris zur Zeit des Bombenattentats in der Rue Kohan aufgehalten und ist Mitte vorigen Monats nach Spanien gekommen. Zwei andere verdächtige Personen sind ebenfalls verhaftet worden.

Tages-chronik.

Berlin, 2. Juli. Am gestrigen ersten Tag des Inkrafttretens der Biersteuer ließen bereits einige Gastwirte in Berlin einen Preisausschlag für Bier eintreten. In verschiedenen Lokalen der Friedrichstadt, in denen bisher ein halbes Liter „Sches“ (Münchener und Pilsener) für 30 Pfg. ausgeschenkt wurde, zelangten zum ersten Mal Biersehtel-Gläser zur Anwendung.

Berlin, 2. Juli. Der Präsident des Reichsversicherungsamtes Wirtl. Geh. Oberregierungsrat Gabel ist gestorben.

Berlin, 2. Juli. Nach einer Meldung der Täg. Rundschau aus Bückeburg hat dort die Tatlache großes Aufsehen erregt, daß der Fürst von Schaumburg-Lippe die offiziell festgesetzte Reise nach Nordney abbestellen ließ, nachdem Fürst Leopold von Lippe, Detmold in Nordney eingetroffen war.

Berlin, 2. Juli. Nach einem Telegramm der Hoff. Btg. aus Warschau ist Frau Rosa Luxemburg gegen 3000 Rubel Kaution auf freien Fuß gesetzt worden.

Berlin, 3. Juli. Der „Hoff. Btg.“ zufolge wird der ehemalige serbische Ministerpräsident Wladan Georgewitsch am Peter und Pauls-Tag begnadigt. Georgewitsch büßte seit 4 Monaten eine 7monatliche Arreststrafe ab, zu der er wegen seines Buches „Der letzte Obrenowitsch“ verurteilt worden war.

Forst, 2. Juli. In einem großen Teil der hiesigen Tuchfabriken haben dem Forster Tagblatt zufolge die Arbeiter, Weber und Spinner die Arbeit niederge-

legt, weil sie eine neue Arbeitsordnung, die heute in Kraft treten sollte, nicht anerkennen wollen.

Karlruhe, 2. Juli. In der 2. Kammer stand heute die Schulvorlage zur nochmaligen Beratung. Die Regierung hatte ihre Zustimmung zur Vorlage von einer gewissen Erhöhung der Gemeindebeiträge zu den Schullosten abhängig gemacht. Die Kammer erklärte sich mit Ausnahme der Sozialdemokraten und Konservativen damit einverstanden. Schließlich fand das Gesetz einstimmig Annahme.

Colmar, 3. Juli. Der Gemeinderat beriet, wie das V. T. meldet, über die Anträge des Freidenkervereins und der demokratischen Stadträte Scheuer und Genossen betreffend Aufhebung des konfessionellen Charakters der städtischen Kleinkinderschulen und städtischen Spezialschulen. 14 Stimmen waren dafür, 14 dagegen. Die Stimme des Bürgermeisters, Abgeordneten Bumenthal, entschied die Annahme des Antrags.

Paris, 2. Juli. Der frühere Kriegsminister Jaurès richtete an den ersten Präsidenten des Kastaionshofes ein Protestschreiben gegen gewisse Beschlüsse und Vorwürfe, die der Generalprokurator anlässlich der Revisionsverhandlung des Dreyfusprozesses in seinem Plädoyer gegen ihn erhoben hatte.

Belgrad, 1. Juli. Mit den gestern in vier und heute in fünf Städten vollzogenen Nachwahlen sind nun die Klupschtinawahlen vollkommen beendet. Die Nachwahlen ergaben für die Ultraradikalen 6, für die Fortschrittler 2 und die Nationalisten 1 Mandat. Die Regierungspartei hat nun 91 Sitze, die Jungradikalen haben 48, die Nationalisten 15, die Fortschrittler 5 Sitze, die Sozialisten 1 Sitz.

Zhanghai, 3. Juli. Die geheimen Gesellschaften mochen sich die Gährung infolge der Reisteuerung zu Ruhe und entsalten im ganzen Lande eine rege Tätigkeit. Die Rebellen nahmen einige Ortschaften ein.

In Forstheim wurde die 29 Jahre alte Tagelöhnerin Hoffmann, Mutter dreier Kinder, in einer StraÙe ermordet aufgefunden. Als Täter wurde der hier stationierte Gendarm Schönbach verhaftet, mit dem die Frau in intimen Beziehungen gestanden hatte, während ihr Mann in Würzburg in Arbeit war. Der Verleher war nicht ohne Folgen geblieben.

Sonntag Abend um 8 Uhr sind zwei Vorortzüge beim Bahnhof Hesselehe bei München zusammengefahren. Der Zugführer Huber ist schwer, zwei Heizer sind leichter verletzt. Der Zusammenstoß wurde durch Ueberfahren eines Signals verursacht. Der entstandene Materialschaden ist groß.

Auf dem Bahnhof Halden (Strecke Hagen-Höhenlimburg) wurde Abends eine Frau aus Wödingen und ihr achtjähriger Sohn vom Schnellzuge überfahren und zermalmt.

Der 63 Jahre alte Hospitalist Diether wurde in Berlin im Humboldthain, als er auf einer Bank ausrubte, von zwei Männern überfallen. Diether zog sein Messer, verletzte den einen Räuber an den Händen, als er die Geldbörse aus der Tasche zu reißen versuchte, und stieß dem anderen das Messer in den Leib. Der Schwerverletzte wurde in das Krankenhaus gebracht. Nach einer anderen Darstellung hatte Diether die Hand mit dem Messer in der Tasche auf einer Bank den Schlafenden markiert, und stieß zu, als sich die beiden Flederer über ihn hermachten, um ihn zu berauben.

In Mey stürzte bei einer Uebung des Feldartillerieregiments 33 im Gelände die Lafette eines Geschüßes in einer Erdmüde um, wobei einem Kanonier der Schädell völlig zertrümmert wurde, während zwei andere Soldaten schwere Verletzungen erlitten. Ein Kanonier erlitt einen schweren Beinbruch, der andere eine Verletzung am Schädell. Der Verletzte diente im ersten Jahre.

Die Typhus-Epidemie ist nun auch im Departement Deux-Sevres in heftiger Weise ausgebrochen. Nach einer amtlichen Statistik wurden von dieser Krankheit in den Departements Charente und Deux-Sevres nicht weniger als 3777 Personen befallen. An hundert Fälle sollen tödlich verlaufen sein.

Im Bahnhof zu Bordeaux sind durch eine Feuersbrunst 1400 Zentner Harz, zahlreiche Tonnen Wein und mehrere besadene Frachtwagen zerstört. Der Schaden beträgt über eine Million Francs.

Die Verunglückten des Eisenbahnunglücks bei Salisbury sind fast alle Amerikaner, darunter Louis Cassier, Verleger von „Cassiers Magazin“; er starb im Krankenhaus. Besonders traurig ist der Fall des jungen amerikanischen Millionärs Coffit, der sich auf der Hochzeitsreise befand. Die Passagiere hatten das junge Paar nach englisch-amerikanischem Brauche fröhlich mit Reis beworfen, als es den Dampfer verließ.

Die junge Gattin ist nun allein und fassungslos in London. Der Bürgermeister von Newyork, Maccellan, ließ sich im letzten Augenblicke bereden, an Bord des Dampfers nach Southampton weiter zu fahren. So vermieden auch viele andere Passagiere die nächtliche Eisenbahnfahrt. In der letzten Woche hatte derselbe Zug 91 Passagiere, also fast doppelt soviel. Unter den Verletzten befindet sich auch der gefähmte, auf Krücken gehende Akrobat Julius Keller, der sich durch die Kraft seiner Hände auszeichnete. Nach neueren Feststellungen sind 26 Personen getötet, 11 mehr oder weniger schwer verletzt.

In einem im Kreise Neu-Ladoga (Rußland) gelegenenen Dorfe wurden laut „Petersburger Zeitung“ 6 Fälle von sibirischer Pest festgestellt.

Die Untersuchung über die Ermordung des Millionärs White hat Zustände in der reichen Gesellschaft Newyorks enthüllt, die dem „Daily Telegraph“ zufolge geradesu erstanlich sind. Einige Mitglieder dieser Gesellschaft haben plötzlich die Entdeckung gemacht, daß ihnen das Klima Newyorks nicht sehr zuträglich ist. Es wird behauptet, der ermordete White habe die Frau Thaws, als diese ein 16jähriges Mädchen gewesen sei, in seiner Wohnung betäubt. Der Staatsanwalt soll im Besitze von zahlreichen Briefen sein, die geeignet sind, den Charakter des ermordeten White schwer zu belasten.

Zur Lage in Rußland.

Aus der Duma.

In der Montagsitzung der Duma kam es zu neuen Skandaliszenen. Nachdem schon die Rede des Justizministers, der für Aufrechterhaltung der Todesstrafe eintrat, stürmische Unterbrechungen erfuhr, steigerte sich der Lärm zum Skandal, als der Generalstaatsanwalt der Armee, Pawlow, das Wort ergriff. Die gesamte Linke erhob sich mit dem Ruf: „Wir wollen die Henker, Räuber und Mörder nicht hören!“ Mehrere Abgeordnete drängten sich mit geballter Faust gegen die Rednertribüne. Darauf wurde die Sitzung auf eine Stunde unterbrochen. Nach Wiederannahme der Sitzung rechtfertigten die Redner der Linken und der konstitutionell-demokratischen Partei das Verhalten der Duma und brachten ihre Enttäuschung über den General Pawlow zum Ausdruck, dessen Leben eine Kette von Hinrichtungen aufweise. Die Redner der Rechten, Graf Heyden und Fürst Volkonsky erhoben Einspruch gegen das Verhalten der Linken; die Duma könne nicht unter solchen Umständen arbeiten. Wenn die Duma bei ihrem Vorgehen verharre, werde es in Rußland zum Blutvergießen kommen. Der Generalanwalt der Armee, Pawlow, gegen den sich der lärmende Auftritt in der Duma richtete, hat sich das Mißfallen der Abgeordneten bereits deutlich zugezogen, als er im Hause sprach und die Duma mit der Anrede „diese Herren“ besetzte. Der Widerspruch der Abgeordneten gegen die Ausführungen Pawlows stellte eine so stürmische Szene dar, daß in der ersten Erregung über den Vorfall manche Abgeordnete die Befürchtung äußerten, es werde zur Auflösung der Duma führen; doch wird diese Auffassung allgemein als unbegründet angesehen.

Die Reichsduma hat das Gesetz betr. Abschaffung der Todesstrafe angenommen.

Ein Notstandskredit.

Der Minister des Innern brachte in der Reichsduma einen Antrag ein auf Gewährung eines auf 1906 und 1907 zu verteilenden Kredits von 100 Mill. Rubel, die als Unterhaltungsmittel und zur Beschaffung von Saatfrucht für 127 von Mähernte betroffene Kreise, die sich auf 27 Gouvernements verteilen, Verwendung finden sollen.

Mordanschläge in Warschau.

In Warschau wurden sechs Mordanschläge gegen Polizisten unternommen; zwei der Angegriffenen wurden getötet, drei verwundet, einer blieb unverletzt. Auch zwei Vorübergehende wurden von Kugeln getroffen und getötet. Die Behörden ordneten die Zurückziehung der Postkutschen von den Straßen an. Die Sicherheitsdienste werden von Patrouillen versehen.

Aus Rußisch Polen.

Dem Lokalan. wird aus Warschau gemeldet: Ein Student wurde wegen Betrügereien, die er an seiner Partei verübt hatte, durch sozialdem. Genossen erschossen. In den Abendstunden feuerten 5 Unbekannte auf einen Insaniterhauptmann und töteten ihn. Der Hauptmann hatte an der Hinrichtung politischer Gefangener in der Zitabella mitgewirkt.

Ueberfall.

In der Nähe von Kislowaska bei Charkow überfielen unbekannte Verbrecher den Kassier der Bergbau-Gesellschaft und beraubten ihn. Der Kassier ging den Verbrechern nach und wurde später in der Nähe des Bahngeländes ermordet aufgefunden.

Aus Württemberg.

Dienstnachrichten. Uebertragen: Die Stelle des Vorsitzenden des Schiedsgericht II für Kreisversicherungen in Ludwigsburg mit der Dienststellung eines Kollegialrats dem Obercommissar Kraus in Wadenheim, dem Professor Böll am Realgymnasium in Heilbronn und dem Oberpräceptor Dr. Köhlich am Oberhard-Rudolph-Gymnasium in Stuttgart je eine Oberpräceptorstelle am Gymnasium in Heilbronn dem letzteren unter Verleihung des Titels eines Professors auf der achten Stufe der Rangordnung, dem Oberlehrer Dr. Köhler an der Realschule in Schwemlingen die mathematisch-naturwissenschaftliche Honorarstelle an der mittleren Abteilung des Realgymnasiums in Stuttgart unter Verleihung des hiesigen Titels, dem Amtsvorwieser Kleinmeyer am Realgymnasium in Stuttgart die Oberpräceptorstelle an der Realschule in Korbach und den Hilfslehrer Dr. Selzer am Realgymnasium in Gmünd eine Oberlehrerstelle an der Realschule in Tutzingen, eine Kantienführerstelle bei der Generaldirektion der Staatsbahnen dem Stationsassistenten in Stuttgart Q. unter Verleihung des Titels Stationsassistenten.

Versetzt: der Postsekretär Bayer bei dem Postamt Nr. 1 in Stuttgart auf Ansuchen in gleicher Eigenschaft nach Röttingen, der Stationsmeister Bauer in Gingen a. d. Elz auf Ansuchen nach Ebersbach.

Befördert: Der Postassistent Westermayer bei dem Postamt Nr. 3 in Stuttgart zum Postsekretär bei dem Postamt Nr. 1 daselbst. Berufen: Dem Landesfeuerlöschinspektor Omelin den Titel eines Kreisinspektors.

Der Weitere Ausschuß der Deutschen Volkspartei hielt am Samstag in Bruchsal eine Versammlung mit Vorbesprechung des diesjährigen Parteitag ab. Der Parteitag wird am 29. und 30. September in München stattfinden. Das auf dem vorjährigen Parteitag in Frankfurt verhandelte Komunalprogramm wird in München endgültig beschlossen werden. Anträge, die sich auf das Komunalprogramm beziehen, sind bis längstens 1. September an den Engeren Ausschuß einzusenden. Nach eingeleiteten Erörterungen, die sich auf das durch Mitglieder der drei Linksparteien entworfene Frankfurter Mindeprogramm bezogen, wurde einstimmig beschlossen, dem Münchener Parteitag folgenden Antrag zu unterbreiten: Der Parteitag wolle beschließen:

Durchführungen von der Notwendigkeit, die freiheitlichen Kräfte Deutschlands zu rücksichtslosem Kampfe gegen die Reaktion zusammenzufassen, erklärt die Deutsche Volkspartei im Verfolg ihrer Heilbrunner Resolution „das Frankfurter Mindestprogramm“ als eine geeignete Grundlage für ein dauerndes Zusammengehen der liberalen Linken. Sie ist ihrerseits bereit, unter Aufrechterhaltung ihrer Selbständigkeit und ihres demokratischen Programms mit anderen Richtungen zusammen zu wirken, die ihrerseits „das Frankfurter Mindestprogramm“ für sich als bindend anerkennen.

